

CDU

**Jetzt ist Zeit
für Argumente**



**Am 14. Mai mit beiden
Stimmen CDU wählen!**

3 Möglichkeiten


mit Rot-Grün


Schluss zu machen.


Ab 21. April
Wahlwochen in NRW

www.wahlwochen.nrw
Service-Nummer 0800-14052017



 **Direkt im Wahlamt** (Briefwahlstelle) **bis zum 12. Mai** CDU wählen. Personalausweis erforderlich.

 **Per Briefwahl** CDU wählen. Wahlbenachrichtigungskarte anfordern, und ausgefüllte Wahlunterlagen rechtzeitig zurückschicken. Sie müssen **bis zum 14. Mai** eingegangen sein.

 **In ihrem Wahllokal** wie gewohnt wählen. **Am 14. Mai** von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

Jetzt ist die Zeit für ein sicheres NRW – in der Stadt und auf dem Land.

- Mehr Polizisten einstellen. Mehr Polizei auf die Straße.
- Mehr Rechte und das richtige Handwerkszeug für unsere Polizei. Mehr Videobeobachtung für mehr Sicherheit.
- Keine rechtsfreien Räume zulassen. Clanstrukturen und damit verbundene organisierte Kriminalität nachhaltig zerschlagen.

Jetzt ist die Zeit, Wohnungseinbrüche wirksam zu bekämpfen.

- 1 Jahr Mindestfreiheitsstrafe für Wohnungseinbruchdiebstahl.
- Schleierfahndung einführen (in 13 Bundesländern erfolgreich).
- Computergestützter Kampf gegen Einbrecherbanden (Predictive Policing).

Jetzt ist die Zeit, entschieden gegen Extremismus und Terror vorzugehen.

- Null-Toleranz: Bei Festsetzung von Gefährdern alle Rechtsmöglichkeiten ausschöpfen (Negativbeispiel Berlin-Attentäter Amri in NRW).
- Verstärkte Überwachung gewaltbereiter Islamisten ermöglichen (Einführung der elektronischen Fußfessel für Gefährder).
- Werbung für Terrororganisationen verbieten.

Jetzt ist die Zeit für eine starke Polizei.

- Polizeiverwaltungskräfte einführen zur Entlastung der Polizisten von Schreibtischarbeit.
- Body-Cams für Polizisten zum Schutz vor Angriffen.
- Schärfere Strafen für Angriffe auf Polizisten und Einsatzkräfte.

Schluss mit:

- Der höchsten Kriminalitätsrate aller westdeutschen Flächenländer (1,47 Millionen Straftaten).
- 52.576 Wohnungseinbrüchen im Jahr (144 am Tag! Mehr als in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Sachsen zusammen).
- No-Go-Areas und kriminellen Clanstrukturen in Großstädten.
- Parallelgesellschaften: Die Zahl radikaler Islamisten hat sich unter Rot-Grün versechsfacht.
- Angriffen auf Polizisten (alle 90 Minuten wird ein Polizist angegriffen).
- Misstrauenskultur gegenüber unserer Polizei: Rot-Grün hat gegen den Willen der Gewerkschaften Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte eingeführt.

Jetzt ist die Zeit für neue Freiräume.

- Kein „Draufsatteln“ von Landesvorgaben auf Regelungen aus Berlin oder Brüssel: Für jede neue Vorschrift schaffen wir eine alte ab.
- Bei Genehmigungen an den Besten orientieren: Nirgends soll es schneller gehen als in NRW.
- Bürokratiemonster wie Hygiene-Ampel und Vergabegesetz abschaffen.
- Umgestaltung des Landesentwicklungsplans nach dem Leitprinzip: Vorfahrt für Arbeitsplätze, mehr Entscheidungen durch Kommunen vor Ort.

Jetzt ist die Zeit für kluge Investitionen.

- Existenzgründer fördern. Hochschulen mehr Freiheit für die Zusammenarbeit mit Start-Ups und Wirtschaft geben.
- Schnelles Internet, auch im ländlichen Raum. Aufbau einer GigaBit-Infrastruktur, Vorreiter bei 5G-Mobilfunk werden.
- Kommunale Steuererhöhungsspirale stoppen. Grunderwerbsteuer senken.

Schluss mit:

- Schlusslicht! 2015 war NRW mit Nullwachstum Letzter unter den 16 Ländern, 2016 lag das Wachstum unter dem Bundesdurchschnitt.
- Hoher Arbeitslosigkeit: in NRW 20 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.
- Kinderarmut: in keinem anderen westdeutschen Flächenland so hoch wie in NRW.
- Immer neuen bürokratischen Hürden und überzogenen Regulierungen, die unsere Wirtschaft bremsen und Arbeitsplätze gefährden.
- Dem weiteren Verlust von Industrie- und Gewerbeflächen: 3.800 Hektar Fläche sind Wirtschaft und Landwirtschaft seit 2010 entzogen worden.

Jetzt ist die Zeit für freie Fahrt.

- Aus- und Neubau von Straßen und Brücken voranbringen.
- Planungen vorantreiben, um alle Bundesmittel für Fernstraßenbau zu nutzen. Sonderprogramm für neue Straßenbauingenieure.
- Mehr Investitionen in den Neubau von Landesstraßen.
- Staus vermeiden durch intelligentes Baustellen-, Unfall- und Verkehrsmanagement.

Jetzt ist die Zeit für moderne Mobilität.

- Förderung der Elektromobilität.
- Förderung der Forschung an Mobilitätskonzepten der Zukunft.
- Förderung von Radschnellwegen.

Jetzt ist die Zeit für mehr Züge und bessere Wasserwege.

- Ausbau der Schienen voranbringen. Ländlichen Raum beim Ausbau im Blick behalten.
- Schnelle Realisierung des Rhein-Ruhr-Express (RRX) gemeinsam mit dem Bund und der Deutschen Bahn.
- Wasserstraßenverkehrs- und Hafenkonzept baldmöglichst umsetzen.

Schluss mit:

- Stau- und Brückenchaos: Mit rund 390.000 Staukilometern ist NRW Stauland Nr. 1.
- Baustellen ohne Fortschritt.
- Zu langen Genehmigungsverfahren bei Straßen- und Brückenbau.
- Überfüllten und unpünktlichen Zügen.
- Luftschlössern bei der Planung von Radschnellwegen.

Jetzt ist die Zeit für eine Unterrichtsgarantie.

- Unterrichtsausfall durch digitale und schulscharfe Erfassung gezielt bekämpfen.
- Ausreichende Reserve von Vertretungslehrerinnen und -lehrern schaffen.
- Lehrerinnen und Lehrer durch Verwaltungsassistenten von Bürokratie entlasten, damit sie sich auf den Unterricht konzentrieren können.

Jetzt ist die Zeit für mehr Qualität.

- Alle Schulen in einen guten baulichen Zustand bringen.
- Alle Schulen mit schnellem Internet versorgen. Digitale Kompetenz fördern und den Einsatz modernster Unterrichtsmittel ermöglichen.
- An jeder Schule eine Schulleitung sicherstellen.

Jetzt ist die Zeit für mehr Wahlfreiheit und gelingende Inklusion.

- Jedem Gymnasium die Wahl lassen, ob es wieder zu einem echten G9 zurückkehren oder beim G8-Modell bleiben möchte.
- Eltern behinderter Kinder selbst entscheiden lassen, ob ihr Kind auf eine Förder- oder eine Regelschule geht.
- Keine Schließung weiterer Förderschulen, solange die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für inklusiven Unterricht an den Regelschulen fehlen.
- Mehr Lehrer für den inklusiven Unterricht qualifizieren und genügend Sonderpädagogen in den Regelschulen.

Schluss mit:

- Flächendeckendem Unterrichtsausfall: Schon unsere Grundschüler haben bis zum Übergang in die weiterführende Schule ein halbes Jahr weniger Unterricht als in Bayern.
- Bildungsarmut: Schlusslicht bei den Bildungsausgaben pro Schüler (NRW 5.900 Euro pro Jahr und Schüler, Bundesdurchschnitt 6.600 Euro, Bayern 7.300 Euro).
- Dem schlechten Zustand unserer Schulen: Nur 15 Prozent aller Schulgebäude gelten derzeit als baulich vollkommen in Ordnung.
- Nicht besetzten Rektorenstellen: 700 Schulleiter fehlen.
- Überforderung von Schülern, Lehrern und Eltern durch eine planlose und unterfinanzierte Inklusion.
- Rot-grünen Planspielen zur Einführung der Einheitsschule.
- Dem Qualitätsverlust an unseren Gymnasien.

Jetzt ist die Zeit für eine Stärkung des dualen Ausbildungssystems.

- Berufliche Bildung attraktiver machen durch ähnliche Unterstützung bei der Finanzierung von Ausbildung und Mobilität (Azubi-Ticket).
- Ergebnisoffene Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an allen Schulen.
- Bessere Förderung mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer an allen Schulen.

Jetzt ist die Zeit für mehr Freiheit in Wissenschaft und Forschung.

- Hochschulen sollen selbst entscheiden, wie und wozu geforscht wird und wie vorhandene Mittel optimal eingesetzt werden.
- Bessere Verzahnung von Hochschulen und (regionaler) Wirtschaft ermöglichen.
- Überfällige Evaluation der Hochschulgesetzgebung starten.

Jetzt ist die Zeit für eine Verbesserung der Studienbedingungen.

- Ausreichende Grundfinanzierung für die Schaffung von Studienplätzen.
- Angemessenes Studierenden-Lehrenden-Verhältnis schaffen.
- Ausstattung mit zeitgemäßer Hard- und Software, auch für eine hochschulübergreifende Vernetzung.
- Bessere Vereinbarkeit von Studium und Familie herstellen.

Schluss mit:

- Der Entmündigung unserer Hochschulen durch zentralistische Einflussnahme der Landesregierung auf Ziele und Schwerpunkte von Hochschulen.
- Einer Kultur des Misstrauens gegenüber Forschung und Lehre.
- Der hohen Abbrecherquote an unseren Hochschulen.
- Den niedrigen Pro-Kopf-Ausgaben je Studienplatz (Platz 14 bei den Fachhochschulen und letzter Platz bei den Universitäten).
- Den steigenden befristeten Beschäftigungsverhältnissen an Hochschulen.
- Dem desaströsen Betreuungsverhältnis (Studierende pro Lehrendem).
- Der wachstumsfeindlichen Politik, die Arbeits- und Ausbildungsplätze gefährdet.

Jetzt ist die Zeit für eine innovative Landes-Familienpolitik.

- Verabschiedung eines Familienfördergesetzes und eines Landesfamilienförderplans.
- Flexible Arbeitszeitmodelle und hieran angepasste Zeiten in Kitas und Schulen, Förderung von Betriebskindergärten.
- Ausbau und bessere finanzielle Unterstützung von Familienzentren.
- Einführung kommunaler Familienkonferenzen zur fachübergreifenden Vernetzung lokaler Ressourcen.

Jetzt ist die Zeit für bessere Unterstützung von Familien.

- Förderung der Eigentumsbildung für junge Familien durch Baukindergeld und Senkung der Grunderwerbssteuer.
- Familienerholung fördern.
- Höhere Anerkennung von Familienarbeit in der Rente.
- Generationenübergreifendes Zusammenleben, bspw. in Mehrgenerationenhäusern, stärken und fördern.

Jetzt ist die Zeit für mehr Qualität für Familien.

- Sobald es der Landeshaushalt zulässt oder Bundesmittel gestellt werden: Beitragsfreiheit von der Kita bis zur Hochschule.
- Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas.
- Größere Flexibilität bei den Öffnungszeiten von Kitas.
- Stärkung der Kindertagesbetreuung und aktive Unterstützung von Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen.

Schluss mit:

- Schlusslicht bei den U-3-Betreuungsplätzen.
- Der Unterfinanzierung frühkindlicher Bildung.
- Der Planungsunsicherheit für viele Träger von Kinderbildungseinrichtungen.
- Der Belastung von Familien durch überhöhte Grunderwerbssteuer und überzogene Hebesätze bei der Grundsteuer.

Jetzt ist die Zeit für den Kampf gegen Ärztemangel.

- Studienperspektive für den Einsatz im ländlichen Raum: Wer sich verpflichtet, in einem unterversorgten Gebiet als Arzt tätig zu werden, kann auch ohne den NC von 1,2 Medizin studieren.
- Finanzielle Anreize für medizinische Tätigkeit in unterversorgten Regionen schaffen.
- Medizinische Fakultäten in Bielefeld für Ostwestfalen-Lippe und in Siegen für Südwestfalen fördern.

Jetzt ist die Zeit für eine Verbesserung der medizinischen Versorgung.

- Es bleibt beim Grundsatz: „ambulant vor stationär“.
- Erhöhung der Landesmittel für Krankenhäuser.
- Mit modernen Technologien (Telemedizin) ärztliche Versorgung zu jeder Zeit an jedem Ort sicherstellen.
- Ausbau von palliativer Versorgung und Einrichtung von Hospizen fördern.

Jetzt ist die Zeit für die Sicherstellung der Pflege.

- Pflegebedürftige sollen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung menschenwürdige und hochwertige Pflege erfahren.
- Wahlrecht des Pflegebedürftigen bei bedarfsgerechten Wohnformen.
- Ausreichende Zahl von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen.
- Vereinbarkeit von Arbeit und Pflege von Angehörigen verbessern.
- Bessere Verdienstmöglichkeiten bei Pflegeberufen schaffen.
- Einrichtung einer Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen.

Schluss mit:

- Dem Ärztemangel auf dem Land.
- Der verfehlten Krankenhausfinanzierung und Krankenhausplanung.
- Dem hohen Investitionsstau in den Krankenhäusern.
- Der rot-grünen Blockade gegen neue Medizinische Fakultäten.

Jetzt ist Zeit für Landwirtschaft, die Zukunft hat.

- Fläche und Boden für Landwirtschaft erhalten, Eigentumsrechte sichern.
- Einsatz für die Landwirtschaft bei Bundesregierung und EU-Kommission.
- Fortbestand der Landwirtschaftskammern sichern.

Jetzt ist Zeit für ein faires Jagdgesetz und Naturschutz ohne Ideologie.

- Jagd und Fischerei fördern als gelebtes Kulturgut und Garant für Arten- und Naturschutz.
- Neues Landesjagdgesetz gemeinsam mit den Betroffenen erarbeiten: Keinen künstlichen Gegensatz zwischen Naturschutz und Jagd schaffen.
- Qualität statt Quantität im Naturschutz.

Jetzt ist die Zeit für verlässlichen Verbraucherschutz.

- Was drin ist, muss auch drauf stehen: klare Lebensmittelkennzeichnung einführen.
- Veterinär- und Lebensmittelüberwachung vor Ort in kommunaler Verantwortung stärken.
- Import von Erzeugnissen nur nach Nachweis der Erfüllung von Tierschutzstandards.
- Vorrang für sauberes Trinkwasser vor wirtschaftlichen Interessen.

Schluss mit:

- Der Bevormundung des ländlichen Raums.
- Der Misstrauenskultur gegenüber der Landwirtschaft.
- Der Diskriminierung von Jagd und Jägern.
- Dem Sterben von Landwirtschaftsbetrieben (2016 musste in NRW fast jeder zehnte Milchkuhbetrieb in Nordrhein-Westfalen aufgegeben werden).
- Dem Gegeneinander-Ausspielen von Naturschutz, Landwirtschaft und Wirtschaft.
- Dem Bürokratiemonster „Hygieneampel“.
- Zusätzlichen Gebühren des Landes für Lebensmittelkontrollen bei Metzgern, Bäckern und Restaurants.

Jetzt ist die Zeit für klare Regeln: Asyl und Einwanderung trennen.

- Wir helfen Schutzbedürftigen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.
- Wer nicht schutzbedürftig ist, muss das Land wieder verlassen.
- Menschen ohne Bleibeperspektive oder aus sicheren Herkunftsländern in Landes- einrichtungen unterbringen, nicht auf Kommunen verteilen.
- Rückführungen zentral vom Land steuern und direkt aus den Landeseinrichtungen heraus vollziehen.

Jetzt ist die Zeit für Respekt vor unserer Kultur.

- Das Erlernen der deutschen Sprache und unserer Leitkultur sind unverhandelbare Voraussetzung für ein gelingendes Zusammenleben.
- Die eigene Religionsfreiheit endet dort, wo der Glaube oder die Rechte des Anderen betroffen sind.
- Konflikte und Auseinandersetzungen in den Heimatländern dürfen nicht auf unseren Straßen ausgetragen werden.
- Parallelgesellschaften, Clanstrukturen und eigene Rechtsetzung, die dem Grundgesetz widerspricht, entschlossen bekämpfen.

Jetzt ist die Zeit für Arbeit und Bildung als Integrationsmotoren.

- Ein Pakt mit der Wirtschaft zur Integration in Ausbildung und Arbeit.
- Alle Bundesmittel für Integration müssen den Kommunen ohne Umwege und ohne Abzug zur Verfügung stehen.
- Deutschunterricht schon in der Erstunterkunft für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive.

Schluss mit:

- Der Blockade der Landesregierung bei der Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten.
- Dem integrationsschädlichen, verfassungswidrigen und politisch unverantwortlichen kommunalen Ausländerwahlrecht, wie SPD und Grüne es wollen.
- Der Zuweisung von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive in Kommunen.
- Einer Landespolitik, die Abschiebungen nicht konsequent durchführt.
- Nicht ausreichender Erstattung der Kosten für die Kommunen.

Jetzt ist die Zeit für Schuldenabbau.

- Schuldenbremse in die Landesverfassung.
- Alle Ausgaben auf Wirksamkeit und Notwendigkeit hin überprüfen.
- Schulden als Ausnahmeinstrument, nicht als Schattenhaushalt.

Jetzt ist die Zeit für Wachstumsimpulse und nachhaltige Investitionen.

- Wachstumsimpulse und Einsparungen durch Bürokratieabbau: Überflüssige Gesetze und Regelungen abschaffen.
- Technische Weiterentwicklung von Verwaltungsprozessen beschleunigen (E-Government).
- Mehreinnahmen nutzen für Investitionen in die Wirtschaftskraft (Infrastruktur) und so finanzielle Spielräume von morgen erarbeiten.

Jetzt ist die Zeit für mehr kommunale Selbstverwaltung.

- Strikte Einhaltung des Prinzips „Wer bestellt, bezahlt.“
- Bundesmittel für Kommunen ohne Umwege und Kürzung weiterleiten.
- Investitionskraft durch Bündelung von Pauschalen steigern: Kommunen wissen besser, wo das Geld vor Ort gebraucht wird.
- Gemeindefinanzierung gerecht gestalten und sog. „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ einer grundlegenden Reform unterziehen.
- Steuererhöhungsspirale bei Grund- und Gewerbesteuer stoppen.

Schluss mit:

- Den bundesweit niedrigsten Investitionen der Kommunen in Schulen und Straßen.
- Schuldenpolitik (Schuldenstand 2016: 144 Milliarden Euro).
- Enormen Zinslasten (von 2011 bis 2016 22 Mrd. Euro Zinsen).
- Schuldenmachen in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen und Niedrigzinsen.
- Der Kürzung von Bundesmitteln für Kommunen durch das Land.